

Protokoll

der Sitzung des Bezirkseleiternausschusses Steglitz-Zehlendorf

Datum:	23.04.2011	Beginn:	19:40 Uhr
Ort:	Paul-Braune-Schule	Ende:	22:10 Uhr
Tagesordnung:	entsprechend Einladung	Protokoll:	Bettina Rellermeier

TOP 1) Begrüßung

Frau Stockhausen-Doering eröffnet und leitet die BEA-Sitzung im Schuljahr 2011/2012. Sie begrüßt als Gäste des BEA Frau Lehmann (Schulaufsicht), Frau Thiel-Blankenburg (Leiterin der Paul-Braune-Schule und Koordinatorin der ISI-Inklusive Schule Berlin) und Frau Kahnt (Konrektorin) sowie Herrn Heldt (LEA) und Herrn Engelmann (LEA) zu TOP 3 und Herrn Rüstow (WSD) zu TOP 4.

TOP 2) Tagesordnung, Ergänzungen, Genehmigung Protokoll vom 20.02.2012

Die Tagesordnung und das Protokoll der letzten Sitzung vom 20.02.2012 wird ohne Änderungen angenommen.

TOP 3) Inklusion

Mit der Umsetzung der UN - Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) verbindet sich der Auftrag, Kindern mit und ohne Behinderungen das gleiche Recht auf Bildung, Diskriminierungsschutz, Partizipation und Chancengleichheit im gemeinsamen Unterricht zu gewähren. Barrieren werden beseitigt, Lernzugänge unter Berücksichtigung unterschiedlicher Bedürfnisse geschaffen und der Umgang mit Vielfalt gelernt. Es werden integrierte Kinder mit Behinderungen – hier: Förderbedarf für Lernen, für emotionale und soziale Entwicklung und für Sprache (LES) - gemeinsam mit Kindern ohne Behinderung unterrichtet. Seit Beginn des Schuljahres 2010/11 nehmen sechs Grundschulen mit Unterstützung eines Förderzentrums an dem Schulversuch zur Umsetzung inklusiver Pädagogik teil. Die erfolgreiche Umsetzung der umfassenden Aufgabe hat ein Umdenken in der Haltung, Kooperationsgeist, sowie Ressourcenorientierung erfordert und hat strukturelle, pädagogische und materielle Veränderungen nach sich gezogen. Durch die Übernahme einer gemeinsamen Bildungsverantwortung und integrierter Bildungsgestaltung schulischer und außerschulischer Partner ist dies gelungen. Neben klaren Rahmenrichtlinien brauchen Schulen, Lehrkräfte und Regionen fachübergreifende Initiativen bzw. Unterstützungssysteme, um die Trennung zwischen Kindern mit und ohne Behinderungen zu überwinden. Mit Beginn des Schulversuches – Paul-Braune-Schule befindet sich im 2. Jahr - wurde ein Netzwerk gebildet, bestehend aus z. Zt. 26 Personen auf gleicher Augenhöhe aus Schulamt, Schulaufsicht, Schulpsychologie, Gesundheit, Schulen, Jugend, Polizei und weiteren Interessenvertretungen. Die Gründung des Netzwerkes entstand im Auftrag der „Steuerungsgruppe zur Kooperation zwischen Schule und Jugend in Steglitz-Zehlendorf“ und berücksichtigt einen bereichsübergreifenden, systemischen Ansatz zur Unterstützung der Implementierung und Umsetzung einer inklusiven Pädagogik, wie Förderdiagnostik statt Statusdiagnostik, individuelle Förderplanung, Umgang mit Heterogenität, veränderte Leistungsbewertung etc. siehe <http://www.paul-braune-schule.cidsnet.de> Der Auftrag zur Gründung und Umsetzung des Netzwerkes wurde politisch verankert, erteilt und durch einen Kooperationsvertrag legitimiert. Es knüpft darüber hinaus an das Senatskonzept an, in dem im Zusammenhang mit dem Aufbau bezirklicher Beratungs- und Kompetenzzentren als Aufgabe formuliert wird. Das sonderpädagogische Feststellungsverfahren und eine damit verbundene Zuschreibung im Sinne einer Behinderung und die damit einhergehende Stigmatisierung fällt weg. Frau Thiel-Blankenburg präsentiert dazu einen eindrucksvollen Film.

Frau Lehmann (Schulaufsicht) berichtet, dass nach der bestehenden Regelung im Berliner Schulgesetz § 37 (3) ein/e Schüler/in mit sonderpädagogischem Förderbedarf auf eine Sonderschule verwiesen werden kann, wenn an der gewählten allgemeinen Schule die für eine angemessene Förderung erforderlichen personellen, sächlichen und organisatorischen Bedingungen nicht vorhanden sind. Die Gewährleistung eines Rechtsanspruchs für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen auf Inklusion erfordert daher eine Änderung des Schulgesetzes und die Schaffung der

personellen, organisatorischen und räumlichen Bedingungen an den allgemeinen Schulen. Mit einem kostenneutralen Konzept, wie es die Bildungsverwaltung bisher plant, sei Inklusion jedoch nicht umzusetzen.

Herr Fest (GEV Paul-Braune) berichtet über den Werdegang seiner Tochter und fordert die gesetzliche Regelung der Inklusion. Als wichtigen Schritt nennt er die erforderliche Weiterführung der Inklusion in den Oberschulen.

Herr Heldt (LEA) und Herr Engelmann (LEA) bemängeln, dass der durchgeführte "Runde Tisch Schulhelfer" der Senatsverwaltung keine Verbesserungen gebracht hat und die im Juni 2011 in Kraft getretene Verwaltungsvorschrift Schulhelfer 07/2011 die ohnehin nicht zufrieden stellende Situation weiter verschlimmert. Nicht nur, dass das Budget für Schulhelfer mit 8,7 Mio. Euro für 2011 viel zu gering bemessen und zudem gedeckelt wurde, sieht die neue Verwaltungsvorschrift erstmalig vor, dass nur noch jeweils 10% des Budgets für Kinder an Förderzentren sowie für Kinder mit den Förderschwerpunkten Lernen, Emotional-Soziale Entwicklung und Sprache verwandt werden dürfen. Die Eltern werden nun dazu gezwungen, für die Sicherstellung der angemessenen Beschulung ihrer Kinder ausschließlich den Klageweg zu gehen. Die Bildungsverwaltung beschert den Betroffenen somit eine zusätzliche Belastung. Der Landeselternausschuss Berlin fordert bis zur Herbeiführung einer deutlichen Verbesserung die Aussetzung der Bewilligungspraxis nach der neuen Verwaltungsvorschrift Schulhelfer und die Wiedereinführung des Mehrbedarfsetats. Jede Schule sollte Inklusionsschule werden – denn Schule ist auch für Kinder mit Behinderungen wesentlicher Bestandteil ihres persönlichen sozialen Umfeldes. Inklusion ist weder ein Sparpaket, noch ist sie kostenneutral realisierbar und die Umsetzung darf nicht auf dem Rücken der Berliner Schüler mit Behinderungen und ihrer Familien ausgetragen werden.

TOP 3) Präventionstraining an Grund- und weiterführenden Schulen

Herr Rüstow von „Wir stärken Dich e.V.“ (WSD) berichtet, dass Kinder immer häufiger erleben, dass der Schulweg zum Gefahrenweg wird und Angst zum Alltagsleben dazu gehört - Gefahren/Übergriffe durch gleichaltrige und kriminelle Jugendliche, durch Diebe, Pädokriminelle und ausländerfeindliche Gruppen. Auch die Grundschule wird von Konflikten und Gewalt in vielfältigen Formen nicht verschont, wie das jüngste Beispiel gezeigt hat. Das kostenpflichtige WSD Persönlichkeitstraining für Kinder in der Grundschule und in Kitas ab 4 Jahre erhalten Mädchen und Jungen mit ausgesuchten Übungen gezielt Impulse zur Entfaltung einer starken und selbstbewussten Persönlichkeit. Werte wie Verantwortung, Wertschätzung und Teamgeist stehen im Vordergrund. In Rollenspielen lernen die Kinder, wie sie sich in speziellen Gefahrensituationen optimal verhalten sollen und für den Notfall trainieren sie Flucht- und Befreiungstechniken. Zur Erweiterung des Grundkurses gibt es einen Aufbaukurs mit weiterführenden Inhalten und neuen Rollenspielen. Nach einem Info-Seminar für die Eltern beginnt der Grundkurs mit 10-12 Kindern pro Gruppe einmal wöchentlich ein halbes Jahr lang. Die Kursgebühr verringert sich um die Hälfte bei Erhalt von Leistungen nach Hartz IV (ALG II).

Aus dem Plenum wird berichtet, dass die Polizei kostenlos seit vielen Jahren Anti-Gewalt-Veranstaltungen "Sicher mit Brummi: Bärenschlau!" für Schulklassen anbietet und auch auf Festen, so sie denn eingeladen sind, präsent sind. Ansprechpartner: Landespolizeischule, Abt. Aus- und Fortbildung, ZSE IV B 3, Telefon: 4664 9942320 oder 4664 994600 bzw. <http://www.berlin.de/polizei/praevention/polizei-und-schule/brummi.html>

In diesem Zusammenhang schlägt Frau Stockhausen-Doering vor, dass auf der BEA-Seite die entsprechenden Anlaufstellen für Gewalt, Mobbing, Drogen etc. veröffentlicht werden.

TOP 5) Berichte aus den Gremien

Frau Stockhausen-Doering resümiert das Umfragenergebnis zum Unterrichtsausfall in der 13. KW. LEA Frau Samani berichtet vom Vortrag Binnendifferenzierung. Zum Thema Gymnasium hat der LEA ein Positionspapier beschlossen.

BSB Herr Harnos legt den Lehrerbedarf an Gymnasien und ISS dar. Man hofft, dass durch Entfristung und Einstellungsgarantie der Bedarf gedeckt wird. Frau Richter-Kotowski berichtet über die

momentane Diskussion zur Aufstockung des Sportstättenanierungsprogrammes und Übertragbarkeit der Mittel auf 2013.

Schulausschuss Frau Rellermeier informiert. Dass z. Zt. Varianten und Maßnahmen diskutiert werden zur Finanzierung der Fusionen und Umbauten der Kopernikus-, Thienemann- und Friedrich-Bayer-schule sowie der Markus- und Hünefeld GS.

TOP 8) Verschiedenes

Aus dem Plenum kommt die Bitte, BEA-Sitzungen kürzer zu gestalten.

Nächste BEA-Sitzung: 21.05.2012 im Oberstufenzentrum Bürowirtschaft und Verwaltung

Nutzen Sie bitte die Möglichkeit, Vorschläge zur Tagesordnung, Wünsche, Anregungen und Fragen aller Art an den vorstand@bea-sz.de zu richten! Auf die Seite www.LEApedia.de wird hingewiesen. In diesem Wiki finden Sie Antworten auf alle schulrelevanten Fragen. Alle Interessierten sind aufgerufen, sich an der Erstellung zu beteiligen

Berlin, 18.05.2012

Bettina Rellermeier

Anhang